

Empfangsbestätigung für eingeschriebene Post

Datum	Empfänger	Absender	Visum
16.11.2018	FE/R-Grimm-222222 P. Gasser / NESE	05000863 / Bau- und Umweltschutzdirektion	

Bitte visieren und anschliessend retour an FDfS

Rheinstrasse 29
Postfach, 4410 Liestal
T 061 552 67 77
www.bauinspektorat.bl.ch
www.bl.ch

BASEL 
LANDSCHAFT

**BAU- UND UMWELTSCHUTZDIREKTION
BAUINSPEKTORAT**

Bau- und Umweltschutzdirektion, BIT, Rheinstrasse 29, 4410 Liestal

**Einschreiben
IWB Industrielle Werke Basel
Margarethenstrasse 40
4002 Basel**

Liestal, 14. November 2018

Dir/ar

Entscheid Nr. 440/2018

Baugesuch Nr. 0149/2018

IWB Industrielle Werke Basel , Margarethenstrasse 40, 4002 Basel; Sanierung Fischgängigkeit Kraftwerk Neuwelt - Birs, Parzelle 31, 87, 88, 89; Wasserhausweg, 4142 Münchenstein; Entscheid nach Art. 25 Abs. 2 i. V. m. Art. 24 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG)

SACHVERHALT

1. Am 12. Januar 2018 reichte die IWB Industrielle Werke Basel beim Bauinspektorat das rubrizierte Baugesuch ein. Da sich die Bauparzelle ausserhalb der Bauzone befindet, hat die Bau- und Umweltschutzdirektion zu entscheiden, ob das Bauvorhaben zonenkonform ist oder ob dafür eine Ausnahmegewilligung erteilt werden kann (Art. 25 Abs. 2 RPG; § 117 Abs. 1 RBG; Urteil des Kantonsgerichts vom 7. März 2007 E. 5). Die Zuständigkeit der BUD ergibt sich zudem aus §§ 3 und 24 des Gesetzes über den Wasserbau und die Nutzung der Gewässer (Wasserbaugesetz, WBauG) vom 01.04.2004.
2. Beim Bauvorhaben handelt es sich um eine Sanierung der Fischgängigkeit des Kraftwerkes Neuwelt - Birs. Die vom Bauvorhaben betroffenen Parzelle Nr. 31 ist mit einer Naturschutzzone überlagert (Gewässerparzelle: Birs), Nr. 87 befindet sich im Wald und Nr. 88 und 89 befinden sich in der Zone OeWA mit Zweckbestimmung Kleinkraftwerk Wasserhaus. Das Bauvorhaben liegt teilweise ausserhalb der Bauzonen und ist somit zonenwidrig und kann nur bewilligt werden, wenn die Bau- und Umweltschutzdirektion eine Ausnahmegewilligung nach Art. 24 des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) erteilt.
3. Mit Schreiben vom 5. Februar 2018 hat der Kantonale Fischereiverband Einsprache erhoben. Als Folge einer Verhandlung am 18. Juni 2018 mit der Gesuchstellerin wurde die Einsprache mit Schreiben vom 18. Juli 2018 zurückgezogen.
4. Mit Schreiben vom 5. Februar 2018 haben die Einsprecher Nrn. 1) WWF Schweiz, Hohlstrasse 110, 8004 Zürich und 2) WWF Region Basel, Dornacherstrasse 192, 4053 Basel, vertreten durch Dr. iur. Fabian Klaber, Rechtsanwalt, Advokaturbureau Kleb Harburger, Sonnenrain 2, Postfach 421, 8832 Wollerau innert der Auflagefrist (25. Januar 2018 bis 5. Februar 2018) Einsprache (nachfolgend: Einsprache WWF) erhoben. Die Begründung der Einsprache erfolgt mit Eingabe vom 15. Februar fristgerecht. Die Einsprecher beantragen was folgt:
 1. Es sei das Baugesuch Nr. 0149/2018 der Einsprachegegnerin für die Sanierung der Fischgängigkeit der Wasserkraftanlage Neuwelt (Auflagefrist: 25. Januar 2018 bis 5. Februar 2018) abzuweisen;

2. Eventualiter sei das Baugesuch Nr. 0149/2018 der Einsprachegegnerin für die Sanierung der Fischgängigkeit der Wasserkraftanlage Neuwelt (Auflagefrist: 25. Januar 2018 bis 5. Februar 2015) unter den folgenden Auflagen und Bedingungen gutzuheissen;
 - a) der Auslauf der Fischaufstiegshilfe im Unterwasser ist so zu konstruieren, dass die Strömung des Auslaufs nicht in die durch das aus der Turbine kommende Wasser verursachte turbulente Zone mündet;
 - b) die Fischaufstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass der unterwasserseitige Einstau an weniger als 60 Tagen pro Jahr auftritt;
 - c) der Übergang vom ersten Becken nach dem Einstieg in die Fischaufstiegshilfe zum zweiten Becken nach dem Einstieg in die Fischaufstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass der Winkel möglichst klein ist und von Fischen passiert werden kann;
 - d) das Baugesuch Nr. 0149/2018 ist mit einem Betriebskonzept zu ergänzen, welches konstante Zusatzdotationen zur Sicherstellung einer konstanten Wasserführung der Fischaufstiegshilfe enthält;
 - e) die Fischaufstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass die freie Fischwanderung nicht nur für den Lachs und die Äsche, sondern auch für weitere Zielarten (insbesondere Kleinfischarten) sichergestellt ist;
 - f) die Fischaufstiegshilfe ist mit einem Sohlenanschluss zu versehen;
 - g) das Baugesuch Nr. 0149/2018 ist mit einem Unterhaltskonzept zu ergänzen, in welchem die Kontrolle der Fischaufstiegshilfe so geregelt ist, dass sie während 300 Tagen, das heisst zwischen Q30 und Q330 hinderungsfrei funktioniert;
 - h) der Fischabstieg über die Geschieberinne ist so zu konstruieren, dass die Verletzungsgefahr der Fische auf das technisch kleinstmögliche Mass reduziert wird;
 - i) der Fischabstieg ist so zu konstruieren, dass ein Abstieg über das Wehr zwischen Q36 und Q73 unwahrscheinlich ist;
 - j) der Feinrechen für den Zulauf der Turbine muss ein fischschonendes Profil aufweisen;
 - k) der technische Bericht der Rapp AG vom 11.12.2017 ist mit dem geplanten Zeitpunkt der Sanierung des Tosbeckens und der Wehranlage zu ergänzen;
 - l) die Fischauf- respektive Fischabstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass die Anlagen zur Wirkungskontrolle nach Vorliegen des Konzepts zur koordinierten Wirkungskontrolle installiert werden können."
5. Das BIT empfahl der Gesuchstellerin mit Schreiben vom 6. April 2016 (Zwischenbericht) direkt mit den Einsprechern eine Einigung zu erzielen.
6. Die Gesuchstellerin liess sich mit Schreiben vom 20. und 30. August 2018 zu den Einsprachen vernehmen. Sie führt darin aus, dass ohne Beisein des Bauinspektorates oder der BUD zwischen den verbleibenden Einsprechern und der Gesuchstellerin am 23. April 2018 ein informelles Gespräch stattgefunden habe und alle Einsprachepunkte mit von allen Parteien ge-

nehmigem Protokoll vom 19. Juni 2018 bereinigt worden seien. Dem Schreiben lag auch der ergänzte Technische Bericht (Nr. 1010.021-006) vom 18. Juli 2018 bei.

7. Die Einsprecher erklärten mit Schreiben vom 13. September 2018, dass sie vollumfänglich an der Einsprache vom 15. Februar 2018 festhalten würden. Sie führten aus, dass zum einen die aufgeworfenen Punkte zur Funktionsfähigkeit in das Monitoringkonzept ausgelagert werden [Anträge 1.a), 1.c), 1.h), 1.i) [recte nachfolgend: 2.a ff.]. Dieses liege aber noch nicht vor. Zum anderen sei es den Einsprechern wichtig einen verbindlichen Entscheid der kantonalen Bewilligungsbehörde herbeizuführen. Die Grundsatzeinigung zwischen Einsprechern und der Einsprachegegnerin (Gesuchstellerin) habe den Kanton miteinzubeziehen.
8. Mit Schreiben vom 6. Oktober 2018 erklärten die Einsprecher, dass eine Stellungnahme der Baubewilligungsbehörde zur Verbindlichkeit und Durchsetzung des Monitoringkonzepts sowie der in Bezug auf die Einsprachepunkte gefundenen Grundsatzeinigung zwischen den Einsprechern und der Einsprachegegnerin nach wie vor ausstehend ist.

ERWÄGUNGEN

9. Gemäss Art. 24 RPG können zonenwidrige Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen errichtet oder in ihrem Zweck geändert werden, wenn ihr Zweck einen Standort ausserhalb der Bauzonen erfordert und keine überwiegenden Interessen entgegenstehen.

Die Standortgebundenheit ist nach ständiger bundesgerichtlicher Praxis zu bejahen, wenn eine Baute oder Anlage aus technischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen oder wegen der Bodenbeschaffenheit auf einen Standort ausserhalb der Bauzone angewiesen ist (sog. positive Standortgebundenheit), oder wenn ein Werk aus bestimmten Gründen in einer Bauzone ausgeschlossen ist (sog. negative Standortgebundenheit). Dabei genügt eine relative Standortgebundenheit: Es ist nicht erforderlich, dass überhaupt kein anderer Standort in Betracht fällt; es müssen jedoch besonders wichtige und objektive Gründe vorliegen, die den vor-gesehenen Standort gegenüber anderen Standorten innerhalb der Bauzone als viel vorteilhafter erscheinen lassen (BGE 1A.186/2002 E. 3 mit Hinweisen). Dabei beurteilen sich die Voraussetzungen nach objektiven Massstäben, und es kann weder auf die subjektiven Vorstellungen und Wünsche des Einzelnen noch auf die persönliche Zweckmässigkeit oder Bequemlichkeit ankommen. Generell ist bei der Beurteilung der Voraussetzungen ein strenger Massstab anzulegen, um der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken (BGE 1A.49/2006 E. 3.2).

Die Ausnahmegewilligung unterliegt sodann einer umfassenden Interessenabwägung. Lenkenden Massstab dafür bilden die Planungsziele und -grundsätze des Raumplanungsgesetzes sowie die Grundsätze des Umweltschutzgesetzes. Soweit das positive Recht einzelne Aspekte der Interessenabwägung konkret regelt, ist zu prüfen, ob das Vorhaben mit diesen Vorschriften zu vereinbaren ist. Im Übrigen müssen die einschlägigen Interessen erhoben und gegeneinander abgewogen werden (BGE 1A.183/2001 E. 6.7.7), wobei auch mögliche Alternativstandorte zu berücksichtigen sind (BGE 118 Ib 17 E. 3).

10. Die Gesuchstellerin erläutert im technischen Bericht zum rubrizierten Bauprojekt, dass die Fischgängigkeit der Kraftwerksanlage beeinträchtigt ist und zur Verbesserung ein Neubau der Anlage erforderlich ist. Das Bauvorhaben ist aus technischen Gründen standortbedingt. Es

stehen ihm keine überwiegenden Interessen entgegen. Die grundsätzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausnahmegewilligung sind erfüllt.

11. Sowohl die Einsprecher, wie auch die Gesuchstellerin bestätigen in Ihren Schreiben, dass die Einsprachepunkte 2.a) bis 2.l) mit dem gemeinsamen Protokoll vom 19. Juni 2018 bereinigt worden seien. Dem Schreiben lag auch der ergänzte Technische Bericht (Nr. 1010.021-006) vom 18. Juli 2018 bei.

Zu den Einsprachepunkten im Einzelnen:

- 2a) Das aus der Turbine kommende Wasser verursacht turbulente Zonen. Entsprechende Massnahmen sind in Ziff. 4.2.3. des ergänzten technischen Berichts (Nr. 1010.021-006) vom 18. Juli 2018 umschrieben. Die Parteien sind sich einig, dass die Funktionsfähigkeit im Monitoringkonzept zu überprüfen ist (Die Einigkeit gilt entsprechend auch für die nachfolgenden Einsprachepunkte bei denen auf das Monitoringkonzept verwiesen wird; siehe dazu auch nachfolgende Ziffern 12. und 13.).
- 2b) Unterwasserseitiger Einstau an weniger als 60 Tagen pro Jahr; Massnahmen sind in Ziff. 4.1.4. a.a.O. aufgeführt.
- 2c) der Übergang vom ersten Becken nach dem Einstieg in die Fischaufstiegshilfe zum zweiten Becken nach dem Einstieg in die Fischaufstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass der Winkel möglichst klein ist und von Fischen passiert werden kann; Massnahmen sind in Ziff. 4.2.3 a.a.O. aufgeführt. In der Detailplanung kann die Positionierung der Beckenzwischenwände (Anordnung) sowie des Einstiegswinkel optimiert werden. Die Funktionsfähigkeit ist im Monitoringkonzept zu überprüfen ist.
- 2d) das Baugesuch Nr. 0149/2018 ist mit einem Betriebskonzept zu ergänzen, welches konstante Zusatzdotationen zur Sicherstellung einer konstanten Wasserführung der Fischaufstiegshilfe enthält; Massnahmen sind in Ziff. 6.2. a.a.O. aufgeführt. Die Dotierwassermenge ist in Art. 5 Abs. 2, der Betrieb und der Unterhalt der Anlagen in Art. 3 Abs. 1 - 6 der Konzession geregelt. Dieser Einsprachepunkt ist demnach als sachfremd - weil bereits Bestandteil der Konzession - abzuweisen.
- 2e) die Fischaufstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass die freie Fischwanderung nicht nur für den Lachs und die Äsche, sondern auch für weitere Zielarten (insbesondere Kleinfischarten) sichergestellt ist; Im Protokoll vom 19. Juni 2018, wie auch in den Stellungnahmen des Amtes für Wald beider Basel (Fachstelle Fischerei) wird festgehalten, dass mit der Schüttung von Kies (Cp. 90-250) aus gebrochenem Kies und Steinen sowie der vorgesehenen Fliessgeschwindigkeit davon ausgegangen werden kann, dass auch bodenorientierte Kleinfische den Fischpass überwinden können. Die zu erreichenden Ziele sind in der strategischen Planung des Kantons vom 14. November 2014 festgelegt. Sie wurden der Konzessionärin mit RRB Nr. 1553 vom 29. September 2015 verfügt. Die biologische Wirkungskontrolle wird zeigen, ob die Vorgaben erfüllt sind. Die Funktionsfähigkeit ist demnach im Monitoringkonzept zu überprüfen.
- 2f) die Fischaufstiegshilfe ist mit einem Sohlenanschluss zu versehen; Nach Angaben der Gesuchstellerin (Protokoll vom 19. Juni 2018) ist ein Sohlanschluss vorgesehen. Im Plan 1010.021-016 ist ersichtlich, dass eine Blockrampe gebaut wird.
- 2g) das Baugesuch Nr. 0149/2018 ist mit einem Unterhaltskonzept zu ergänzen, in welchem die Kontrolle der Fischaufstiegshilfe so geregelt ist, dass sie während 300 Tagen, das heisst zwischen Q30 und Q330 hinderungsfrei funktioniert; Das Betriebs- und Unterhaltskonzept wird in Ziff. 6.2. a.a.O. beschrieben. Die Dotierwassermenge ist in Art. 5 Abs. 2, der Betrieb und der Unterhalt der Anlagen in Art. 3 Abs. 1 - 6 der Konzession geregelt. Die-

- ser Einspruchepunkt ist demnach als sachfremd - weil bereits Bestandteil der Konzession - abzuweisen.
- 2h) der Fischabstieg über die Geschieberinne ist so zu konstruieren, dass die Verletzungsgefahr der Fische auf das technisch kleinstmögliche Mass reduziert wird; Nach Angaben der kantonalen Fachstellen erfolgt der hauptsächliche Fischabstieg über den Fischaufstieg. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich abstiegswilligen Fische im Fischaufstieg aufgrund der Strömungsgeschwindigkeit nicht verletzen. Die Funktionsfähigkeit wird im Monitoringkonzept zu überprüfen sein.
 - 2i) der Fischabstieg ist so zu konstruieren, dass ein Abstieg über das Wehr zwischen Q36 und Q73 unwahrscheinlich ist; Durch die optimierte Steuerung des Wehrs sollte der Zeitraum mit denkbaren oder wahrscheinlichen Fischabsteigen über das Wehr auf 5 Tage/a reduziert werden. Die Wehrkrone wurde im letzten Jahr ausgeglichen und es besteht auf der ganzen Länge ein gleichmässiger Überfall. Gemäss dem technischen Bericht kann mit einem Spülschutz der Wasserspiegel reguliert und mit der Steuerung kann der Wehrüberfall möglichst konstant auf tiefem Niveau gehalten werden kann, damit der Fischabstieg über die Fischtreppe erfolgen wird. Die Funktionsfähigkeit wird im Monitoringkonzept zu überprüfen sein.
 - 2j) der Feinrechen für den Zulauf der Turbine muss ein fischschonendes Profil aufweisen; Die Gesuchstellerin und die Einsprecher sind sich über das zu wählende Profil einig. Es ist ein Fischschonrechen geplant.
 - 2k) der technische Bericht der Rapp AG vom 11. Dezember 2017 ist mit dem geplanten Zeitpunkt der Sanierung des Tosbeckens und der Wehranlage zu ergänzen; Die Bauphasen sind in Ziff. 9.4 a.a.O. umschrieben. Die Anpassung/Sanierung des Wehrs wurde Ende 2017 gestützt auf die wasserbauliche Bewilligung W 45 / 17 des Tiefbauamts vom 2. Oktober 2017 umgesetzt. Die Sanierung der Tosbecken ist nicht Teil des Sanierungskonzepts "Fischgängigkeit". Der Zeitpunkt einer Sanierung ist unbestimmt. Antrag 1 und Antrag 2k sind demnach als sachfremd abzuweisen.
 - 2l) die Fischauf- respektive Fischabstiegshilfe ist so zu konstruieren, dass die Anlagen zur Wirkungskontrolle nach Vorliegen des Konzepts zur koordinierten Wirkungskontrolle installiert werden können. Der Kanton sieht in seinem Vorgehensvorschlag vom 15. August 2017 zur Wirkungskontrolle der 8 Birs-Staustufen ein Monitoring vor. Der Fischaufstieg sieht Massnahmen zur Wirkungskontrolle vor.
12. Die Einsprecher erklärten mit Schreiben vom 13. September 2018, dass sie vollumfänglich an der Einsprache vom 15. Februar 2018 festhalten würden. Sie führten aus, dass zu einen die aufgeworfenen Punkte zur Funktionsfähigkeit in das Monitoringkonzept ausgelagert werden [Anträge 2.a), 2.c), 2.h), 2.i)]. Dieses liege aber noch nicht vor. Zum anderen sei es den Einsprechern wichtig einen verbindlichen Entscheid der kantonalen Bewilligungsbehörde herbeizuführen. Die Grundsatzeinigung zwischen Einsprechern und der Einsprachegegnerin (Gesuchstellerin) habe den Kanton miteinzubeziehen.

Mit Schreiben vom 6. Oktober 2018 erklärten die Einsprecher, dass eine Stellungnahme der Baubewilligungsbehörde zur Verbindlichkeit und Durchsetzung des Monitoringkonzepts sowie der in Bezug auf die Einspruchepunkte gefundenen Grundsatzeinigung zwischen den Einsprechern und der Einsprachegegnerin nach wie vor ausstehend ist.

Die Parteien sind sich einig, dass die Funktionsfähigkeit der Fischgängigkeit insbesondere hinsichtlich der Anträge 2.a), 2.c), 2.e) 2.h), 2.i) in einem Monitoringkonzept zu überprüfen sind. Strittig ist einzig, ob das Monitoringkonzept bereits im Zeitpunkt der Baubewilligung vor-

zuliegen habe bzw. dessen Verbindlichkeit und Durchsetzung dort bereits festgeschrieben werden müsse.

Da sich die Parteien in den wesentlichen Punkten einig sind, ist die Einsprache grösstenteils gegenstandslos geworden. Die Anträge 2d) und 2g) sind abzuweisen. Zu prüfen ist nachfolgend einzig noch die Frage, ob und wann ein Monitoringkonzept / Wirkungskontrolle vorzuliegen hat.

13. Gemäss Verordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei prüfen die Inhaber von Wasserkraftwerken nach Anordnung der Behörde die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen. Diese Wirkungskontrolle ist integraler Bestandteil der Massnahmenplanung und ist bei der Projektierung und der Kostenschätzung einzubeziehen [Art. 9c Abs. 3 Verordnung zum Bundesgesetz über die Fischerei (VBGF; SR 923.01) vom 24. November 1993 (Umsetzung der Massnahmen bei Wasserkraftwerken)]. Sollten Wirkungskontrollen zeigen, dass die festgelegten Ziele nicht erreicht werden, können vom Kanton zusätzliche Massnahmen verfügt werden.

In der Vollzugshilfe des BAFU "Ökologische Sanierung bestehender Wasserkraftanlagen: Finanzierung der Massnahmen" (BAFU 2016) ist der Verfahrensablauf nach Vorliegen der kantonalen strategischen Planung dargelegt (Seite 45). Demnach muss nach Vorliegen der Baubewilligung ein Gesuch um Zusicherung der Entschädigung eingereicht und bewilligt werden (Kostengutspracheverfahren) bevor mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen werden kann. Teil dieses Gesuchs ist neben der rechtskräftigen Baubewilligung auch ein Konzept für die Wirkungskontrolle. Diese Vorgabe stützt sich auf Artikel 30 Absatz 1 der eidg. Energieverordnung (EnV; SR 730.01) vom 1. November 2017. Es wird dannzumal geprüft, ob die Kriterien nach Anhang 3 Ziffer 2 EnV erfüllt sind. Im Gesuch sind Angaben über die Zielsetzung der Sanierung sowie die Art, den Umfang und den Standort der Massnahmen sowie die voraussichtlichen anrechenbaren Kosten der Massnahmen darzulegen. Es gibt keine Rechtsgrundlagen, welche darauf schliessen lassen, dass das geforderte Konzept für die Wirkungskontrolle zu einem früheren Zeitpunkt vorliegen muss. Das von den Einsprechern erwähnte Dokument der Aquarius GmbH et al. wurde zwar im Auftrag des BAFU erstellt, enthält aber auf Seite 1 den klaren Hinweis, dass für dessen Inhalt alleine die Auftragnehmer verantwortlich sind. Ein Rechtsanspruch oder eine Rechtsgrundlage für die Festlegung eines Termins des Vorliegens einer Wirkungskontrolle lässt sich aus diesem Dokument nicht ableiten.

Das Bauprojekt sieht die Erstellung einer Fischzählkammer vor. Dies ist eine für die Wirkungskontrolle unabdingbare Voraussetzung, welche im Baugesuch vorgesehen werden muss. Für die Umsetzung eines Monitorings mittels PIT-Tagging ist zudem eine temporäre Stromversorgung und die temporäre Montage von Empfängern notwendig. Diese temporären Vorkehrungen lassen sich zu einem späteren Zeitpunkt ohne weiteres installieren und können nach Beendigung der Wirkungskontrolle wieder zurück gebaut werden. Sie müssen also nicht Teil des Baugesuchs sein.

Die Verpflichtung zur Durchführung einer Wirkungskontrolle wird in Art. 9c Abs. 3 VBGF gefordert. Es ist nicht notwendig, im technischen Bericht eine Absichtserklärung einzufügen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine Wirkungskontrolle erforderlich ist und falls die Funktionsfähigkeit der Fischaufstiegshilfe eingeschränkt ist und die Erfolgskontrolle ein negatives Resultat zeigt, so die Anlage entsprechend nachzubessern ist. Das Monitoringkonzept muss nicht bereits im Vorfeld bei Erteilung der Baubewilligung komplett vorliegen. Die

wesentlichen Grundzüge der Wirkungskontrolle sind im technischen Bericht bzw. der Ergänzung vom 18. Juli 2018 aufgeführt.

14. Die Baubewilligung Nr. 0149/2018 für die Sanierung der Fischgängigkeit der Wasserkraftanlage Neuwelt (Auflagefrist: 25. Januar 2018 bis 5. Februar 2015) wird unter den folgenden Auflagen und Bedingungen zu erteilen sein;
 - a) Der ergänzte technische Bericht vom 18. Juli 2018 mit den dort neu aufgeführten Massnahmen ist integraler Bestandteil der Baubewilligung.
 - b) Das Protokoll vom 19. Juni 2018 ist integraler Bestandteil der Baubewilligung.
 - c) Es ist eine Wirkungskontrolle durchzuführen. Sollte diese zeigen, dass die festgelegten Ziele nicht erreicht werden, können vom Kanton zusätzliche Massnahmen verfügt werden und die Anlage ist entsprechend nachzubessern.
15. Die Ausnahmegewilligung kann somit unter den genannten Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Sie dispensiert das Bauvorhaben von der Zonenkonformität im Sinne von Art. 22 Abs. 2 Buchstabe a RPG, nicht hingegen von den übrigen Voraussetzungen der Baubewilligung. Es ist daher dem Bauinspektorat vorbehalten, die Baubewilligung aus anderen Gründen zu verweigern oder diese mit zusätzlichen Auflagen und Bedingungen zu versehen. Die oben unter Ziff. 14 gemachten Auflagen sind in die Baubewilligung aufzunehmen.

Es wird **verfügt**:

://:

1. Die Einsprache wird teilweise im Sinne der Erwägungen gutgeheissen, soweit sich nicht als gegenstandslos abgeschrieben wird.
2. Die Ausnahmegewilligung wird unter den Auflagen und Bedingungen gemäss Ziff. 14 der Erwägungen erteilt.
3. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die rechtskräftige Baubewilligung vorliegt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen seit dessen Zustellung Beschwerde beim Regierungsrat erhoben werden. Die Beschwerde ist im Doppel einzureichen und hat ein klar umschriebenes Begehren, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, eine Begründung sowie die Unterschrift der Parteien oder ihres Vertreters zu enthalten. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen.

Wer im Beschwerdeverfahren unterliegt, hat Verfahrenskosten und Parteientschädigungen zu bezahlen. In der Regel werden Entscheidgebühren zwischen 300 und 600 Franken erhoben (§§ 20 ff. Verwaltungsverfahrensgesetz; §§ 6 ff. der Verordnung zum Verwaltungsverfahrensgesetz).



Sabine Pegoraro
Vorsteherin

Verteiler

- | | |
|---|--------------|
| - IWB Industrielle Werke Basel
Margarethenstrasse 40, 4002 Basel | einschreiben |
| - Rapp Infra AG
Hochstrasse 100, Basel | |
| - Einsprecher | einschreiben |
| - Gemeinderat Münchenstein | |
| - Amt für Raumplanung | |

Versand

15.11.18 / H.B.